
4706/J XXII. GP

Eingelangt am 12.09.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

DRINGLICHE ANFRAGE

(gemäß § 93 Abs. 2 GOG-NR)

der Abgeordneten Dr. Alfred Gusenbauer
und GenossInnen
an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur
betreffend „Chaos in der Bildungspolitik“

Seit Beginn des neuen Schuljahres werden die Mandatare der SPÖ mit einer Flut an Beschwerden von SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen konfrontiert. Die Kritik richtet sich gegen die zu hohe Anzahl von SchülerInnen in den Klassen aller Schultypen, gegen nicht ausreichend vorhandene Schulplätze in den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen für SchülerInnen, die die Voraussetzungen dafür hätten; gegen die viel zu hohen Kosten für den privaten Nachhilfeunterricht - im heurigen Sommer schätzungsweise insgesamt 50 Mio. Euro - für SchülerInnen, die eine Wiederholungsprüfung absolvieren müssen; gegen den Kauf von Schulbüchern, die Eltern trotz der Schulbuch-Aktion selbst bezahlen müssen, da sie für einzelne Unterrichtsgegenstände nicht vorhanden sind; gegen das Nichtverlängern von LehrerInnen-Dienstverträgen und gegen endlos lange Wartelisten für AbsolventInnen von Lehramtsstudien, die dringend auf eine Anstellung warten. Einige junge LehrerInnen wollen eine Familie gründen, haben aber Angst, ihren Job zu verlieren!

Eine kürzlich im Auftrag des Gallup-Instituts durchgeführte Umfrage untermauert die Sorgen der Menschen über die Zukunft ihrer Kinder: 64 % der ÖsterreicherInnen sind mit dem Ausbildungsniveau in den Schulen nicht zufrieden. Fast alle Eltern sind der Meinung, dass sich das Schulsystem in den letzten Jahren verschlechtert hat. Die Ursache für diese enorme Unzufriedenheit liegt im radikalen Sparkurs, den die Schüssel-Regierung seit ihrem Amtsantritt in der Bildungspolitik gefahren ist - so betrug der Anteil des Unterrichtsbudgets 1999 noch 2,77 % des BIP, 2006 ist der Anteil auf 2,36 % gesunken - und bei den Schulen katastrophale Auswirkungen zeigt: Durch LehrerInnen-Abbau - allein in den Pflichtschulen 5.500 - und durch die Kürzung von Unterrichtsstunden kann das ursprünglich vielfältige Angebot im Unterricht, welches das österreichische Schulsystem einmal kennzeichnete, nicht

mehr aufrecht erhalten werden. Insbesondere der Förderunterricht für Lernschwache, aber auch für Begabte und Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf sowie die Integration von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache sind betroffen. Mathematik, Naturwissenschaften, Sprachen, Sport und die musisch kreativen Fächer fielen dem Schlüssel-Grasser-Gehrer-Kahlschlag ebenfalls zum Opfer.

Die Folgen für die betroffenen SchülerInnen und Eltern: Überfüllte Klassen, viele Kleinschulen mussten geschlossen werden - die Chancengleichheit ist auf der Strecke geblieben!

Viele Studien beweisen, dass Kinder aus bildungsferneren Schichten und aus Haushalten mit niedrigem Einkommen kaum mehr Chancen auf eine höhere Bildung haben. Unser Schulsystem ist in den Schlüssel-Jahren äußerst selektiv geworden und es ist nicht gelungen, soziale Unterschiede im Bildungswesen zu kompensieren.

Eine Studie der Österreichischen Raumordnungskonferenz unter dem Titel „Räumliche Disparitäten im österreichischen Schulsystem“ macht darauf aufmerksam, dass die Bildungschancen in Österreich regional ungleich verteilt sind. Die Übertrittsquoten von der Volksschule in die AHS-Unterstufe schwanken je nach politischem Bezirk beträchtlich zwischen unter 1 % bis über 70 %. Grund für die ungleichen Bildungschancen ist die mangelnde Verfügbarkeit von allgemein bildenden höheren Schulen nahe dem Wohnort.

Univ.-Prof. Dr. Heinz Fassmann vom Institut für Geographie und Regionalforschung an der Universität Wien fasst zusammen: „Der räumliche Wohnstandort ist neben Einkommen und sozialer Herkunft der Eltern bzw. persönlicher Begabung einer der drei wesentlichen Faktoren für die Bildungschancen und er warnt davor, dass das Netz der Standorte von höheren Schulen angesichts sinkender SchülerInnenzahlen nicht ausgedünnt werden darf. Generell lasse sich sagen, dass ‚in den peripheren Gebieten Bildungsreserven liegen, die gehoben werden könnten‘. Die Unterschiede zwischen Hauptschule und AHS-Unterstufe würden in der weiteren Bildungskarriere im Prinzip fort dauern“. (Salzburger Nachrichten, 27.6.2006)

Die zunehmend schleichende „Privatisierung“ des öffentlichen Schulwesens reduziert die Chancen der österreichischen Kinder: Nicht nur durch ständig steigende private Kosten für die Nachhilfe - mittlerweile sind es insgesamt 140 Mio. Euro jährlich - müssen die Eltern noch zusätzlich Geld für fehlende Schulbücher, Unterrichtsmaterialien, Nachmittagsbetreuung und Schulveranstaltungen berappen - das sind bereits für jedes Kind 1.850 Euro jährlich!

Die nach wie vor zu hohen Drop out- und Repetentenquoten belasten das Budget mit 300 Mio. Euro (der Staat zahlt für Schulplatz, Familienbeihilfe, Schulbücher und SchülerInnenfreifahrt) und die Familien ebenso mit 300 Mio. Euro (zusätzlicher Unterhalt und Verdienstentgang) - das sind insgesamt 600 Mio. Euro!

Verschärft wird die Situation dadurch, dass die Schüssel-Regierung die SchülerInnen-Beihilfe seit sechs Jahren nicht angehoben und den BezieherInnenkreis nicht erweitert hat. Ganz besonders verantwortungslos war das „Nichthandeln“ der Bildungsministerin im Zusammenhang mit dem schlechten Abschneiden Österreichs im internationalen PISA-Vergleich. Wenn rund 20 % der 15-Jährigen Mängel beim Schreiben, Lesen und in Mathematik aufweisen, hätten alle Alarmglocken im Bildungsministerium schrillen müssen. Zunächst wurden die PISA-Ergebnisse heruntergespielt und nicht ernst genommen. Schließlich wurde eine „Zukunftskommission“ unter der Leitung von Günter Haider, die Vorschläge zur Verbesserung des Bildungssystems erarbeiten sollte, eingesetzt. Die Experten der Zukunftskommission haben einen umfangreichen Reformkatalog - der z.B. ein verpflichtendes Vorschuljahr, das Recht jedes Schülers und jeder Schülerin auf einen Ganztagsschulplatz, den Ausbau des sprachlichen Förderunterrichts, das Einschränken der Klassenwiederholungen, eine Stärkung der Schulpartnerschaft und neue Ausbildungsmodelle für Lehr- und Erziehungsberufe, beinhaltet - vorgelegt. Aber anstatt diese Forderungen der Zukunftskommission ernst zu nehmen und rasch umzusetzen, trennte sich Bildungsministerin Elisabeth Gehrler im Streit vom Leiter der Zukunftskommission, Günter Haider, weil ihr die Vorschläge zu weit reichend waren. Von ÖVP-Bildungssprecher Abg. Werner Amon wurden sogar unwahre und ehrenrührige Behauptungen über die Arbeit des Leiters in die Welt gesetzt. Bis zuletzt wurde Günter Haider vom ÖVP-Bildungssprecher heftig kritisiert. So geht die Schüssel-ÖVP mit unabhängigen Wissenschaftlern um!

Auf Druck der SPÖ wurde schließlich die Zwei-Drittel-Erfordernis bei den Schulgesetzen beseitigt, die Schüssel-Regierung verabsäumte aber die dringend notwendigen Schulreformen, die von ihrer eigenen Zukunftskommission vorgeschlagen worden sind!

Aufhorchen ließ hingegen ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon, der gegenüber der APA am 30. August 2006 betonte, „dass die ÖVP weiter auf das ‚gute differenzierte Bildungssystem‘ setzt. Dies bedeutet, dass man die Kinder und Jugendlichen dort abholen müsse, wo sie derzeit stehen. Künftig müsse aber stärker danach getrachtet werden, dass die Kinder auch in der richtigen Schule sitzen und nicht permanenter Überforderung ausgesetzt seien. Deshalb sollte man bereits bei der Zulassung darauf achten, ob die Kinder auch die Reife- bzw. die Leistungsfähigkeit haben, in eine bestimmte Schule zu gehen.“

Damit ist die „konservative Katze“ wieder einmal aus dem Sack. Die ÖVP wünscht sich Aufnahmeprüfungen für die allgemein bildenden höheren Schulen und will uns damit in die „pädagogische Finsternis“ ihrer Alleinregierung in den 60iger Jahren des vorigen Jahrhunderts zurück katapultieren. Geht es nach der ÖVP, soll höhere Bildung nur einer kleinen, ökonomisch starken Elite zugute kommen!

Die Bildungsmisere, die die Schüssel-Regierung zu verantworten hat, setzt sich bei den österreichischen Universitäten, an denen das Chaos herrscht, fort.

Die Wissenschaftspolitik wurde in den vergangenen Jahren von StudentInnen, UniversitätsprofessorInnen sowie von hochrangigen in- und ausländischen Wissenschaftlern heftig kritisiert. Die Universitäten wurden ohne ausreichende finanzielle Ausstattung in die Autonomie entlassen. Zunächst wurde die Einführung von Studiengebühren in Abrede gestellt, bis sie schließlich überfallsartig beschlossen wurden. Nahezu ungläubliche, katastrophale Zustände prägen die Entwicklung seit dem Jahr 2000: Total überfüllte Hörsäle; zu wenig Seminar- und Laborplätze; Absagen von Lehrveranstaltungen; moderne Geräte können nicht mehr eingesetzt werden, weil die Reparatur zu teuer ist. Jene StudentInnen, UniversitätsprofessorInnen und RektorInnen, die die miserablen Zustände anprangerten, wurden „OberlehrerInnenhaft“ von Bildungsministerin Gehrler gemäßregelt.

Die Demokratie an den Hochschulen wurde abgeschafft und die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerschaft wurde durch den Wegfall der Direktwahl zerschlagen.

Auf das sich bereits lange abzeichnende EuGH-Urteil, wonach ausländische Studierende, auch wenn sie in ihrem Heimatland keinen Studienplatz bekommen, in Österreich studieren können, war die Schüssel-Regierung völlig unvorbereitet und reagierte mit einem „Husch-Pfusch“-Initiativantrag, der den Universitäten erlaubte, Studienbeschränkungen in vielen Fächern einzuführen. Das führte zu chaotischen, ungerechten und unzumutbaren Zuständen an den Universitäten bei der Inskription. Die Auswahl erfolgte oft per Los oder durch nahezu aussichtslose Zugangstests.

Einen neuen Höhepunkt erreichte die unprofessionelle Wissenschaftspolitik vor kurzem bei den Medizin-Universitäten Wien und Innsbruck. Dort wäre es aufgrund der „Quotenregelung“, wonach 75 % der Studienplätze an InländerInnen, 20 % an EU-StudentInnen und 5 % an sonstige AusländerInnen gehen müssen, zu einem schikanösen „Quotentourismus“ gekommen. Da die beiden Medizin-Universitäten ein gemeinsames Aufnahmeverfahren durchgeführt haben, aber die Quoten für jeden Standort gelten, hätten rund 60 Studierende aus Wien nach Innsbruck und 60 Studierende, die ursprünglich in Innsbruck studieren wollten, nach Wien übersiedeln müssen, was mit unnötigen Kosten und Belastungen für die Studierenden verbunden ist. Erst die Ankündigung der SPÖ, dieses Thema bei der heutigen Sondersitzung zu behandeln und dazu einen Antrag einzubringen, hat die Bildungsministerin zum Erlass einer Verordnung gezwungen, die - welch Zufall - heute schon in Kraft treten soll.

Bildungsministerin Gehrler hat einmal mehr dieses Problem lange Zeit ignoriert und nicht gehandelt! Die von ihr zu verantwortende „Quotenregelung“ wird derzeit wieder einmal von der EU-Kommission auf ihre EU-Tauglichkeit überprüft.

Tausende Studierende müssen in vielen Studienrichtungen ihr Studium unfreiwillig unterbrechen, weil es aufgrund mangelnder Ressourcen nicht möglich ist, das Studium fortzusetzen. So müssen trotz der zusätzlichen 120 Plätze, die an der Medizin-Universität Wien jetzt geschaffen wurden, nach wie vor mehr als 200 Studierende der Human- und Zahnmedizin ein Jahr das Studium aussetzen, obwohl sie die entsprechende Jahresabschlussprüfung bestanden haben. Sie müssen während dieser Zeit weiter Studiengebühren zahlen und verlieren aber ihre Familien- und Studienbeihilfe. Auch da zeigen sich die soziale Kälte und die Ignoranz der Bildungsministerin.

Aufgrund heftiger Proteste hat schließlich die Schüssel-Regierung angekündigt, ab dem Jahr 2007 den Universitäten eine Milliarde Euro mehr zur Verfügung zu stellen. Das ist wieder einmal ein leeres Versprechen, da es dazu keinen Beschluss des Nationalrates gibt und darüber hinaus eine „Mogelpackung“ darstellt. Für die dringenden Investitionen wären schon für 2004, 2005 und 2006 je 100 Mio. Euro notwendig gewesen, wie dies auch von den Rektoren gefordert worden ist. Die „Uni-Milliarde“ beträgt lediglich 500 Mio. Euro, denn die zweiten 500 Mio. Euro fließen in längst aufgeschobene Gebäudesanierungen. Die so eifrig beworbenen 500 Mio. Euro decken kaum mehr als den dringend nötigen Aufholbedarf nach mehrjähriger Verweigerung ausreichender Budgetmittel.

Wie ernst es der Schüssel-Regierung mit der Wissenschaftspolitik wirklich ist, zeigt die Entwicklung des Budgets für die Universitäten in den letzten sechs Jahren. Während im Jahr 1999 der Anteil des Hochschulbudgets am BIP noch 1,22 % betrug, sind es im Jahr 2006 nur noch 0,78 %. Besonders hart getroffen wurden die StudentInnen aus Familien mit niedrigem Einkommen, denn die Studienbeihilfen wurden in diesen Jahren nicht erhöht, aber Studiengebühren eingeführt!

Die Bildungspolitik der Schüssel-Regierung hat zu einem Bildungsnotstand geführt, die Zukunftschancen unserer Jugend wurden verspielt!

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Warum weigern Sie sich, aktuelle, detaillierte Daten über die KlassenschülerInnen-Zahlen in allen Schularten vorzulegen und die KlassenschülerInnen-Höchstzahl sofort auf 25 zu senken, wie es SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen fordern?

2. Warum weigerten Sie sich, die Vorschläge Ihrer eigenen Zukunftskommission rasch umzusetzen?
3. Warum weigerten Sie sich, die Kürzungen bei den Unterrichtsstunden zurückzunehmen?
4. Wie vielen LehrerInnen - aufgeschlüsselt nach einzelnen Schularten - werden heuer ihre Verträge nicht mehr verlängert?
5. Warum weigerten Sie sich, zusätzliche LehrerInnen-Dienstposten für den raschen, flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulplätzen zur Verfügung zu stellen?
6. Warum weigerten Sie sich, zusätzlich 800 LehrerInnen-Dienstposten für die Sprachförderung - wie es die Landeshauptleute gefordert haben - zur Verfügung zu stellen?
7. Sind Sie dafür, wieder Aufnahmeprüfungen für die allgemein bildenden höheren Schulen einzuführen, wie es ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon gefordert hat?
8. Warum weigerten Sie sich, noch heuer den Universitäten die notwendigen finanziellen Mittel, vor allem für jene Studienrichtungen, die sie dringend brauchen (z.B. Medizin), zur Verfügung zu stellen?
9. Warum weigerten Sie sich, die unsozialen Studiengebühren abzuschaffen?
10. Warum weigerten Sie sich, die SchülerInnen- und Studienbeihilfen zu erhöhen und den BezieherInnenkreis auszuweiten?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage im Sinne des § 93 Abs. 2 GOG-NR dringlich zu behandeln.